

Wenn wir warten wollten, bis alle Grundbücher berichtigt sind, die Liegenschaftsdienste entsprechend reagiert haben, würde das Monate dauern. Also müssen wir für ein solches abgekürztes Verfahren sorgen, und ich werde dafür sorgen, daß der Volkskammer in der nächsten Woche ein solcher Entwurf eingebracht wird.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. Es hat noch einmal Minister Romberg ums Wort gebeten. Bitte, Herr Minister.

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Ich möchte nur, um einfach die Fakten, die mit der Kreditierung und der Bewilligung der Kreditierung Zusammenhängen, voll darzustellen, folgendes noch sagen: Es wurde dem Vorsitzenden des Vorstandes der Genossenschaftsbank in Berlin am

9. Juli mitgeteilt, daß im August 500 Mio DM von den angeforderten Überbrückungshilfen für das Landwirtschaftsministerium zur Verfügung stehen. Das war die Voraussetzung dafür, daß die Genossenschaftsbank im Juli entsprechende Überbrückungs- und Liquiditätskredite bis zu 500 Mio DM ausreicht. Dies ist also am 9. Juli passiert. Die Verzögerungen, die dann später eventuell eingetreten sind, liegen nicht in Verantwortung des Finanzministeriums. Ich bin froh, daß von seiten des Ministerpräsidenten hier offenbar eine Regelung und Beschleunigung ermöglicht worden ist. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, daß wir eine Menge an Mitteilungen bekommen haben, nach denen inzwischen die LPG die Möglichkeit der Finanzierungshilfe bekommen haben.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön. Damit ist der Rest der Fragestunde für diese Woche auch beendet. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde „Vorbereitung des 2. Staatsvertrages“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne).

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde für heute zum Thema „Vorbereitung des 2. Staatsvertrages“ beantragt. Ich eröffne die Aussprache und bitte den Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne, den Abgeordneten Tschiche, das Wort zu nehmen.

Tschiche für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in der Situation zwischen dem ersten und zweiten Staatsvertrag, das heißt, wir befinden uns wiederum in einer vorherbstlichen Situation von entscheidender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung.

Es ist unterdessen klar geworden, daß der erste Staatsvertrag, der abgeschlossen worden ist, Folgen hat, von denen man sagen muß: Sie müssen abgebaut werden. Hier werden im Grunde schon in diesem Hohen Haus die Folgen dieses ersten Staatsvertrages diskutiert. Das heißt mit anderen Worten: Wenn wir in diesem Lande für die Bürger und die Bürgerinnen der DDR etwas tun wollen, müssen wir uns zu gemeinsamem Handeln aufraffen. Es geht nicht an, daß wir sozusagen hier den Kleinkrieg gegeneinander führen, sondern wir müssen davon ausgehen, daß alle Parteien in diesem Hohen Hause sich einsetzen müssen, damit die Nachbesserungen, die notwendig sind, auch Wirklichkeit werden. Und es geht nicht an, daß wir dabei uns ausschließen und gegenseitig nicht zu Wort kommen lassen.

In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß wir bei den Verhandlungen für diesen zweiten Staatsvertrag bestimmte Punkte anzumelden haben, die sowohl mit dem sozialen Umfeld, als auch dem politischen und dem staatsrechtlichen Umfeld sowie mit den Verfassungsdiskussionen zu tun haben. Das heißt also, es besteht erhöhter Handlungsbedarf, und dieser Handlungsbedarf muß kritisch begleitet werden von den Parlamenten, von beiden Seiten, so daß wir rechtzeitig nachfragen und uns auch rechtzeitig einmischen können, wenn nach unse-

rem Eindruck die Entwicklung in eine Richtung läuft, die politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht zu verantworten ist.

In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß es vorrangig um wirtschaftliche und soziale Probleme geht; denn was stattgefunden hat, ist die Währungsunion. Die Wirtschaftsunion funktioniert nicht. Das hören wir jetzt allenthalben, und die Sozialunion scheint erst recht nicht zu funktionieren. Das heißt, wir müssen an diesem Punkt Nachbesserungen verlangen.

Es ist uns gesagt worden, daß im Augenblick der bestehende Haushalt, der vorliegt mit etwa 63 Milliarden, um 4 Milliarden nicht gedeckt ist. So hat man z. B. eine halbe Milliarde in Bonn zur Rentenanschubfinanzierung vergessen, und ich höre, daß man selbst im Finanzministerium noch Mittel in Aussicht stellen muß, die in einer Größenordnung von 10 bis 17 Milliarden sind, um das schlimmste zu verhindern.

Das heißt mit anderen Worten: Wenn man in diesem Teil unseres künftigen deutschen Einheitsstaates soziale Turbulenzen verhindern will, dann muß man die Bundesrepublik auffordern, aus politischen und gesellschaftlichen Gründen hier eine Unterstützung zu geben, damit in diesem Lande diese Turbulenzen nicht zu Unruhen führen, die dann den Einigungsprozeß stören können, die den Einigungsprozeß zu einem Unruheherd in einem künftigen deutschen Land werden lassen. Das muß man sich klarmachen, und deswegen ist hier die Bundesrepublik auch im Wort und in der politischen Verantwortung!

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, bei der PDS und
vereinzelt bei der SPD)

Und es geht, meine Damen und Herren, nicht darum, daß wir um Almosen betteln, sondern wir nehmen die Bundesrepublik bei ihrem Wort, nämlich bei dem Wort, daß sie diesen Einigungsprozeß auch unterstützen will und daß es ihr erklärtes politisches Ziel ist, diesen Einigungsprozeß zu einem guten Ziel zu bringen.

Das heißt, die wirtschaftlichen und sozialen Konditionen müssen verbessert werden, und sie können nur verbessert werden, wenn es die entsprechenden Unterstützungen gibt.

Und da gibt es eine ganze Menge auch von Einzelheiten. Ich erinnere nur etwa an die Mindestrenten und an den Sozialaufschlag dazu. Wir müssen in den Verhandlungen erreichen, daß dieser Sozialaufschlag auch dann, wenn der 31. Dezember vorbei ist, weiterhin dynamisiert wird. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, daß die wirtschaftlich und sozial schwachen Teile unserer Bevölkerung in dem künftigen deutschen Nationalstaat nicht endgültig verarmen. Wir alle, die wir in diesem Hohen Hause sitzen, sind dafür mit verantwortlich, daß das nicht passiert.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und bei
der PDS)

Es gibt die Fragen zu regeln über die Eigentumsanteile der DDR-Bevölkerung. Es gibt die Frage nach der Beamtenregelung zu klären, damit wir hier nicht wieder ein Gesetz bekommen, den sogenannten Radikalenerlaß, daß wir hier nicht Leute ausschließen und ausgrenzen. Die Bereitschaft in diesem Lande, 25 Prozent der Bevölkerung auszugrenzen, ist außerordentlich hoch.

Wir müssen politisch und gesellschaftlich dazu kommen, daß sich bei dieser Übergangssituation alle Teile der Bevölkerung der DDR als Bestandteil eines künftigen deutschen Nationalstaates fühlen, und wir müssen darüber hinaus versuchen, diesen Prozeß des Zusammenwachsens politisch und gesellschaftlich zu unterstützen, sonst kann es dazu führen, daß die DDR-Bürgerinnen und -Bürger sich dann in dem künftigen Staat als Bürger zweiter Wahl verstehen.

Es geht um die Rechtsangleichung. Hier in diesem Haus ist darüber gestritten worden, etwa was den Paragraphen 218 anbelangt, was den Paragraphen 175 anbelangt. Es gibt eine ganze Reihe von Rechtsvorlagen und Rechtsvorschriften in der DDR, von Rechten, die wir gern - und wenn es sein muß über eine Sonderregelung - in den künftigen deutschen Nationalstaat einbringen müssen.

Und dann, meine Damen und Herren, geht es um den Wahl-